Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die dreigespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 14. [48. Jahrgang.] Sonntag den 17. Januar 1909. Erste (Abend-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 14.

Berlin, den 16. Januar.

Rückblicke.

Die mehrfach von uns behandelte Kampagne, die in einem Teil der Zentrumspresse in den letzten Wochen gegen den Reichskanzler geführt worden ist, hat ein ausländisches Blatt zu einer Umfrage bei deutschen Parlamentariern veranlaßt. Unter den mitgeteilten Aeußerungen findet sich auch eine Bemerkung, der zufolge sich einige hohe Militärs daran beteiligt hätten, dem Kaiser Anerbietungen wegen eines Kanzlerwechsels zu machen. Diese hohen Militärs, so wird weiter gesagt, könnten es den Fürsten Bülow nicht verzeihen, daß er nicht zu Beginn der Marokko-Affäre Abrechnung mit Frankreich gehalten habe. Zur Begründung dieser Angaben wird gesagt nicht das mindeste beigebracht, offenbar, weil sie tatsächlich unbegründet und beweislos sind. Wir können deshalb die erwähnten Aeußerungen als einen haltlosen Versuch, Mitglieder der Armee der Teilnahme an einer politischen Intrige zu beschuldigen, nur lebhaft bedauern.

An bedeutungsschweren parlamentarischen Tagesgaben reicher als je ist der Jahresanfang geworden. Noch liegt der Schwerpunkt der Arbeiten des Reichstages in der Tätigkeit seiner Kommissionen, die sogleich mit dem Zusammentritt des Plenums ihren Wiederanfang nahm und rege gefördert wird. Das Haus selbst begann am Dienstag mit Petitionsberichten, nachdem der Präsident über den Austausch von Kundgebungen mit dem ottomanischen Parlament und der italienischen Deputiertenkammer entsprechende Mitteilungen gemacht hatte. Wünsche aus Bergarbeiterkreisen nach einer Aenderung des Gewerbegerichtsgesetzes riefen eine längere Debatte hervor, doch blieb der Kommissionsantrag, der sie teilweise dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweisen wollte, in der Minderheit. Ein weiterer Kommissionsbericht über die Petition der Bauarbeiterschutzkommission in München wegen Anstellung von Baukontrolleuren aus dem Bauarbeiterstande gab ebenfalls Anlaß zu Auseinandersetzungen, blieb aber zunächst unerledigt. Erst am Donnerstag beschloß der Reichstag nach weiterer Diskussion die Ueberweisung zur Berücksichtigung. Der Mittwoch brachte Rechnungsangelegenheiten, so den Entwurf, betreffend Kontrolle des Reichshaushalts, ferner die Uebersichten der Ausgaben und Einnahmen für 1907, auch der Schutzgebiete, die dann an die Rechnungskommission gingen. Sehr kurz gestaltete sich die erste Lesung der Novelle zur Wechselstempelsteuer, wogegen der Gesetzentwurf, betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, vom Staatssekretär des Innern sachlich motiviert, erst am nächsten Sitzungstage in erster Beratung zum Abschluß und zur Verweisung an eine Kommission von vierzehn Mitgliedern gelangte. Der Vorlage, betreffend die Preisfeststellung beim Markthandel mit Schlachtvieh fügte das Plenum in zweiter Lesung einen von konservativer Seite beantragten Zusatz ein, wonach Verbote von solchen Preisfeststellungen nach Schlachtgewicht, die auf tatsächlichen Unterlagen, keinen Schätzungen beruhen, ausgeschlossen werden. Mit einer ausführlichen Darlegung des Staatssekretärs v. Bethmann Hollweg gelangte sodann zu Beginn der Freitagsitzung der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes zur Einführung. In seiner vom anwachsenden Beifall des Hauses begleiteten Rede führte der Stellvertreter des Reichskanzlers aus, daß neuerdings Spuren einer Skepsis gegenüber der Materie an sich zu Tage träten. Er selbst aber würde nie ein unnötiges sozialpolitisches Gesetz empfehlen. Es handle sich hier um die Schaffung einer Reihe von paritätisch und sachlich gegliederten Körperschaften, bestimmt, durch Aussprache die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen. Eine Verständigung über die Richtlinien des Entwurfs sei möglich; man werde sehen, daß die Arbeitskammern alles andere als etwa ein sozialpolitisches Phantom bedeuteten. Die Rede des Staatssekretärs, groß angelegt und von einer Fülle sozialpolitischer Einzelbeobachtungen getragen, machte unverkennbar einen starken Eindruck, wie die sich anschließende Beratung erwies.

Nach festem Brauch wurde in der ersten Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses im neuen Jahre, gleichfalls am Dienstag, der Staatshaushaltsentwurf für 1909 eingebracht, dessen wesentliche Züge wir bereits mitteilten. Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben unterzog sich in mehrstündiger inhaltreicher Rede der Erläuterung des Voranschlags, wobei das abgeschlossene Rechnungsjahr 1907 zuerst betrachtet wurde. Hier haben sich die Schätzungen des Ministers ziemlich genau bestätigt; der Fehlbetrag von 71,8 Millionen wird zu mehr als zwei Dritteln vom Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung her, sonst aber durch Anleihe zu decken sein. Das vorausschätzliche Ergebnis von 1908 charakterisiert dieses Jahr als eins der mageren. Preußen, so führte Freiherr v. Rheinbaben aus, hat sich, über die eigentlichen Staatshoheitsausgaben hinweggreifend, zum Träger höchster wirtschaftlicher Aufgaben gemacht, wird also auch durch stärkere Konjunkturwechsel auf diesem Gebiet stets lebhaft berührt. Einst habe ein französischer Finanzmann dem damaligen Leiter des preußischen Finanzressorts, Herrn v. Miquel, in Bezug auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen bemerkt, Frankreich werde diesen sonst vorteilhaften Schritt nicht nachtun, weil es das Problem der dauernden Ansprüche des Beamtenheeres auf Fortbesserung meiden möchte. Nun gäben die Verhandlungen in den letzten Monaten Veranlassung, sich dieses Ausspruchs zu erinnern. Die Etats haben in den letzten Jahren ständig erhebliche Mittel für die Aufbesserung der Beamtengehälter ausgeworfen, und trotz ungünstiger wirtschaftlicher Lage, wie sie zugunstlich herzhaft, hat der Staat nicht Anstand genommen, den Betrag von 126 Millionen Mark für die Aufbesserung der Gehälter der Beamten, der Lehrer und der Geistlichen vorzusehen. In der Kommission sei dann, führt der Minister fort, aus zahlreichen Eingaben und dergleichen hervorgegangen, daß weite Kreise unserer Beamtenschaft sich dessen, was ihnen geworden ist und werden soll, nicht bewußt geworden sind, daß sie nicht auf jetzigen Beamten, die unter ihnen stehen und verhältnismäßig geringer besoldet sind, hinblicken, sondern immer nur sähen, ob nicht die eine oder die andere Kategorie der Beamten vermeintlich oder wirklich besser gestellt sei, als sie selber. Noch bedenklicher wäre ein fernerer Punkt. Sei den Beamten zu gönnen, daß sie ihre Gehaltswünsche zum Ausdruck bringen, so müsse man doch die Art bedauern, in der das von einzelnen Teilen der Beamtenschaft geschah. Die Form habe zum Teil einen geradezu agitatorischen Charakter angenommen und durchaus nicht der Stellung der Beamten entsprochen. Dies zu betonen, erachte der Finanzminister als Pflicht; er wolle, ehe die zweite Lesung der Besoldungsordnung beginne, darauf hinweisen, im Einverständnis mit dem Hause und auch im Einverständnis mit dem großen besonnenen Teil der Beamtenschaft, daß die Beamten nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten haben. Blieben sie sich der Grenzen, die ihnen in dieser Beziehung gesteckt sind, nicht bewußt, so beeinträchtigten sie damit nur ihre eigene Stellung und die Erfüllbarkeit ihrer eigenen Wünsche.

Es ist aus einer Anzahl Preßäußerungen im Laufe der letzten Wochen — auch wir gaben einige davon wieder — vorweg zu Genüge erhärtet worden, daß diese mahnenden Bemerkungen des Finanzministers um so begründeter sind, als die ihnen zu Grunde liegenden Beobachtungen nicht nur in der Kommission des Abgeordnetenhauses allein zu machen waren. Wenn aber die Beamten sich näher vergegenwärtigen, was unter so bewandten Umständen 126 Millionen auf einmal zu ihrer allgemeinen Aufbesserung für eine Rolle spielen, wenn sie sich klar vorhalten, daß dieser Betrag aus Steuern erfließen muß, so dürften sie unweigerlich auch zu der Einsicht und der Anerkennung gelangen, daß der Staat ungemein viel für sie tut. Bei einer derartigen Aktion liegt natürlich das Streben nach Befriedigung aller vernünftigen und ohne störende Neuverschiebung zu ermöglichenden Wünsche gerade im Interesse der Regierung; sich davon zu überzeugen, kann wirklich nicht schwer, und mit etwas Billigkeitssinn auch erreichbar sein.

Bei der speziellen Betrachtung des jetzt vorgelegten Etatsentwurfs verweilte Frhr. v. Rheinbaben zunächst bei den formalen Verbesserungen, die er, vorjährigen Anregungen aus dem Hause folgend, in der Gruppierung des Etats der Eisenbahnverwaltung zur Geltung brachte. Eine wichtige rein materielle Aenderung aber betrifft den Ausgleichsfonds. Seinen Gedanken wirksamer zu machen, d. h. in der Tat Mittel zu reservieren, die in ungünstigen Jahren eine Gleichmäßigkeit in der Ausgabengestaltung der Eisenbahnverwaltung herbeiführen und vor unerwünschten Fehlbeträgen schützen können, wie das im nächsten Jahre und schon für 1908 der Fall ist, wird der Vorschlag gemacht, einen Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung, und zwar in Höhe von 15 Millionen, fest durch den Etat zu dotieren, die bisher aus diesem Dispositionsfonds bewirkte Beschaffung von Betriebsmitteln aber anderweit zu bewirken. Für die Beschaffung von Betriebsmitteln sind bisher im Durchschnitt mehr als 15 Millionen ausgegeben worden; wenn man also das Geld für diese Betriebsmittel anderweit zur Verfügung stellt, so wird es genügen, den Dispositionsfonds mit 15 Millionen zu dotieren. Um aber den Anreiz der Sparsamkeit aufrecht zu erhalten, der darin lag, daß die Ueberschüsse des einen Jahres zunächst zur Speisung des Dispositionsfonds verwendet wurden, schlägt die Regierung ferner vor, diese 15 Millionen, die fest in den Etat eingestellt werden sollen, bis um 10 Millionen weiter zu erhöhen aus dem Ausgleichsfonds, wenn in dem betreffenden vorhergehenden Jahre die Eisenbahnverwaltung Mehrüberschüsse in der gedachten Höhe erzielt hat. Es handelt sich um die Herbeiführung einer gewissen größeren Stabilität, deren Notwendigkeit klar vor Augen gerückt wurde. Die Ungunst der wirtschaftlichen Umstände hob der Redner auch zum Schluß seiner sehr eingehenden Ausführungen über diesen besonders wichtigen Etat hervor. Insgesamt schließe der Etat der Eisenbahnverwaltung gegen den Etat für 1908 mit einem Minderüberschuß von 138,9 Millionen ab. „Rechnet man den Anteil der Eisenbahnverwaltung an den Mehrausgaben für die Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld, für die Erhöhung der Besoldung der Eisenbahnbeamten, für die Rentenzahlung hinzu, so ergibt sich, daß die Eisenbahnverwaltung statt 249,4 Millionen, wie das nach dem Etat für 1908 der Fall sein sollte, nur noch 83,5 Millionen zur Deckung der allgemeinen Staatsausgaben abliefert, also rund 166 Millionen weniger zur Deckung der allgemeinen Staatsausgaben beiträgt. Meine Herren, diese Tatsache allein charakterisiert in greller Weise die ganze Situation des Jahres 1909." — Im entsprechenden Resümee in Bezug auf die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung hieß es dann, auch hier trete wiederum eine sehr erhebliche Mehrausgabe bei der öffentlichen Schuld hervor, und zwar von 42,5 Millionen. Daraus sei zu ersehen, welche starke Rückwirkung auf unseren Etat die erheblichen Anleihen äußern, die in den letzten Jahren für die Eisenbahnen, die Wasserstraßen, Fortführung der Ostmarkenpolitik usw. aufzunehmen waren. „Wenn wir mit diesen Anleihen in dem Tempo auf die Dauer fortfahren, so würden sehr bald die Bedürfnisse des Staatshaushalts keine volle Befriedigung finden können; denn das, was wir jetzt für andere kulturelle und wirtschaftliche Zwecke verwenden können, würde abforbiert werden durch die Bedürfnisse des Schuldendienstes. Wir dürfen, soweit es möglich ist, über die Grundläge nicht hinausgehen, die wir bisher aufgestellt haben hinsichtlich der Verteilung der Ausgaben auf laufende Mittel und auf Anleihen." — Gegen Schluß seiner an bedeutsamen Momenten reichen Darlegungen erklärte der Finanzminister es für nicht angängig, zur Frage der Beschaffung der neuen Mittel auf die im unsichere Zukunft zu verweisen, in der die Eisenbahnen wieder reichere Mittel liefern würden. Er könne deshalb nur mit der Bitte schließen, sich dieses Ernstes der ganzen Situation voll bewußt zu sein und sich nicht der Auffassung zu verschließen, daß die großen Ausgaben, die im Etat zum Ausdruck gekommen sind, so namentlich für die Besoldungsverbesserung, nicht geleistet werden können, wenn nicht entsprechende dauernde Deckungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Eröffnung der Etatsdebatte zur ersten Lesung wurde auf kommenden Montag angesetzt; inzwischen beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus mit der Interpellation und den Anträgen wegen Linderung der Arbeitslosigkeit und nahm am Mittwoch einen Antrag Rahardt an, der hauptsächlich die beschleunigte Vergebung der im Etat vorgesehenen Arbeiten empfiehlt. Es folgte die Besprechung der Interpellation Roeren in Sachen der Nackvorstellungen, die, wie bekannt, inzwischen beseitigt worden sind. So entsprach der Verlauf der Diskussion dem auch nicht den Erwartungen, die manche Kreise zur Zeit der Einbringung vielleicht gehegt hatten. Vom Minister des Innern von Moltke wurden die Gründe entwickelt, die sein Vorgehen und dessen Art bedingten. Wenn später ein Redner aus dem Hause meinte, der Minister hätte die Frechheit, die nackte Menschen tanzend vorführte, schärfer zurückweisen sollen, wenn ein anderer sogar besondere Beweggründe für die mehr sachliche als ergänzende Behandlung des Falles vorhanden glaubte, so lag darin eine wenig berechtigte Beurteilung. Es war zuletzt eine Frage der Einsicht, ob angesichts der formellen Rechtslage ein hastiges administratives Durchgreifen den Anhängern der „Offenbarung" nicht ein wohlfeiles Relief liefern würde. Das ist ihr entgangen, und die Kölnische Zeitung schloß eine Betrachtung über diese nunmehr ihres Up to date-Schimmers beraubten Veranstaltungen und über die parlamentarischen Kommentare dazu mit den Sätzen: „Darum ist es Sache einer geläuterten Bildung, hier immer klaren Sinnes und taktvoll urteilen zu können. Das erreicht man nicht durch asketische Aengste vor jeder leisen Andeutung, daß der Mensch eine Haut hat, aber man darf das auch nicht zur Hauptsache des Daseins machen. Wir brauchen eben künstlerische Erziehung, dann gibt sich in einer wohlgesitteten Gesellschaft das übrige von selbst. Solange wir diese künstlerische Erziehung nicht haben, wird immer wieder irgend ein Unfug Anhänger finden, die meinen, wunder welche Heldentaten zu verrichten, wenn sie solche Dinge mitmachen oder verteidigen. Das Bedenkenswerte bedarf es, des gesunden Ernstes, und diese haben sich gelegentlich der Interpellation Roeren im Abgeordnetenhause geoffenbart. Es ist glücklicherweise zu keiner Sensation gekommen, und man hat nicht zu viel Kunstdilettantismus getrieben. Das ist der rechte Weg."

Am Montag und am Dienstag der abgelaufenen Woche hielt in Berlin der Deutsche Handelstag bei äußerst starker Beteiligung eine Vollversammlung ab, über die schon eingehend berichtet wurde. Von den zahlreichen Vertretern der deutschen Regierungen, die hierzu erschienen waren, nahm im Auftrage des Reichskanzlers der Staatssekretär v. Bethmann Hollweg zur ersten Begrüßungsansprache auf dieser Seite das Wort. Sie bildete in gewissem Sinne ein Präludium der obenerwähnten Einführungsrede zum Arbeitskammergesetz im Reichstage und empfahl den versammelten Interessenten eine vorurteilslose Würdigung des zunehmenden Assoziationsgedankens, der verbindender Organe entschieden bedürftig sei. Dem Hauptgegenstand der Verhandlungen widmete alsdann der Staatssekretär des Reichsschatzamts Sydow eine Rede, die als ein kräftiger Appell für den Gedanken der Reichsfinanzreform empfunden worden ist. In kurzen, gehaltvollen Sätzen schilderte der Staatssekretär die wachsende finanzwirtschaftliche Gefahr der aufgeschobenen Matrikularbeiträge, für deren Wesen er eine packende kaufmännische Vergleichung fand. Im übrigen habe die Regierung mit ihren Forderungen keineswegs „vorzeschlagen"; sie hätte dann ihre eigene Lage bewußtermaßen am meisten verschlechtert. Der Handel aber möge sein Verständnis beweisen, denn ihn träfe ein Rückgang in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung stets zuerst. Am Abend beim Festmahl nahmen auch der Handelsminister Dr. Delbrück und nach ihm der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dernburg Gelegenheit zu Ansprachen, denen die Betonung gemeinsamer Arbeit im Reich und Staat, auf heimischer Erde wie in den Kolonieen notwendig sei. Die Macht von Handel und Industrie eines großen Staates war immer eine wichtige Vorbedingung seines Aufstieges.

Auf dem Gebiete der parteipolitischen Auseinandersetzungen ist diesmal in erster Linie einer Zurechtweisung zu gedenken, der die Germania sich ausgesetzt hat. Das Zentrumsorgan bekam wiederum eine jener Zuschriften aus Oberschlesien, die möglicherweise von der Redaktion bereits mit dem stillen Grauen geöffnet werden, mit der man eine Decke lüftet, würde, unter welcher eine Klapperschlange vermutet wird. Doch abgedruckt muß das Zeug eben werden; der Einsender kritisierte jetzt die Verteilung der Ostmarkenzulagen, indem er erzählte:

„Zu Weihnachten ergoß sich „im Auftrage des Kultusministers" der alljährliche Goldregen über die Lehrer in den Ostprovinzen als Belohnung für Förderung der deutschen Sprache, in Posen von 100 bis 250 ℳ. Auch die Lehrer der Gemeinde Z. im Kreise Ratibor zählten sonst zu denen, welchen das Christkind die Ministerbescherung brachte. Doch diesmal geht das Christkind den Blockanitel an; bei dem dritten Lehrer, der bei der letzten Landtagswahl sich selbst (für den Block) die Stimme gab, kehrte es goldstrahlend ein, bei dem ersten und zweiten Lehrer aber, die Zentrum wählten, ging es stolz vorüber. In der Schule hat der dritte Lehrer nichts mehr getan als seine beiden Kollegen; diese haben nach Ausweis des Prüfungsprotokolls ihre Pflicht in vollster Weise getan. Da sieht man nun vor dem Rätsel: Ist jene Gratifikation ein Lohn für die eifrige Schularbeit oder aber für die Wahlarbeit im Dienste des Blocks?

Hierauf erwiderte ein anderes Berliner Blatt:

Die Germania hätte sich, wenn sie es nicht mehr wußte, aus dem Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus übergzeugen können, daß es sich das letzte Mal im Kreise Ratibor keineswegs um eine Zentrumswahl handelte. Vielmehr ging das Zentrum in Ratibor diesmal mit den Polen zusammen; es gelang auch, einen Polen und einen Vertreter des Zentrums durchzubringen. Wenn deshalb die beiden Lehrer, die für die polnisch-klerikale Koalition eintreten, bei der Ostmarkenzulage übergangen wurden, so verstehen wir nicht, wie sich die Germania darüber wundern kann. Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß wir die Ostmarkenzulagen billigten; aber sie waren doch gerade als Kampfmittel gegen die polnischen Bestrebungen gedacht.

Diese Abfertigung rührt aber vom Berliner Tageblatt her. Wir registrieren sie gerechtermeise und wollen es uns nicht einmal ansechten lassen, daß sodann dem Zentrum als gutes Mittel empfohlen wird, die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur ja recht ernstlich zu betreiben. Von sämtlichen Zukunftsausschicten aber, deren die Zentrumspartei sich erfreut, bleibt ihr politisches Bündnis vorerst am erfolgversprechendsten, nämlich für die teuren Kontrahenten.

Einen zeitgemäßen Hinweis auf die Notwendigkeit für alle Blockparteien, nachgerade von kleinen und kleinlichen Häkeleien in ihrer Presse abzusehen, finden wir im Schwäbischen Merkur. Dort wird in beachtenswerter Weise folgendes betont:

Ueber den ungewöhnlichen Ernst der äußeren wie der inneren Lage, wie die soeben in der Reichstbauptstadt wieder zusammengetretenen parlamentarischen Körperschaften diese verfinden, herrscht allgemeine Ueberreinstimmung. Nur der politische Blick, der allgemein, diesem Ernst mit der erforderlichen Gewissenhaftigkeit gerecht zu werden! Wir sagen nichts von den in der jüngsten Zeit so besonders auffallend in die Erscheinung getretenen Intrigen des Zentrums. Die ehemals regierende Partei kann sagen: gerade weil die Lage so ernst ist, halten wir es für unsere patriotische Pflicht, alles daranzusetzen, um unsere Politik, die nach unserer Ueberzeugung dem Vaterland allein frommen kann, wieder zur maßgebenden zu machen. Unverständlich aber ist, daß die verschiedenen Bestandteile des Blocks noch immer nicht bonnen ablassen können, sich unter einander zu befehden. Die Blockpolitik verlangt von ihnen weder ein Aufgeben der Parteiprinzipien, noch die Vermeidung einer offenen Verfechtung der Meinungsverschiedenheiten; sie fordert lediglich, wenn man zu einer Verständigung gelangen will. Aber unter allen Umständen zu vermeiden ist in den internen Auseinandersetzungen des Blocks das Gehässige, Verletzende, Feindselige. Entweder man hat den ehrlichen Willen des Zusammenwirkens, dann betätige man ihn aber auch in den äußeren Formen der gemeinsamen Arbeit; oder man verbraucht auch den Bundesgenossen gegenüber auf dem altbergebrachten Kampfstandpunkt, dann rede man sich aber auch nicht ein, daß man in vollem Sinn des Wortes ehrlich auf eine Verständigung zu gemeinsamer positiver Tat ausgehe.

Sowohl den liberalen Organen wie konservativen Blättern werden dann publizistische Sünden vorgehalten, die leicht zu unterlassen waren, aber gereizte Erwiderungen hervorriefen. In der Tat scheinen hier allzu oft frühere Gewohnheiten die letzte Ursache zu bilden, also Anwandlungen, denen mit geringem Aufwand von Selbstzucht beizukommen wäre.

Rundschau im Auslande.

Ueber einen Zwischenfall an der Küste von Liberia

liegen folgende Meldungen vor:

Paris, 15. Januar. Die Agence Havas verbreitet folgende Meldung aus Konakry (Französisch Guinea): Das liberianische Kollaborationboot Lark hat vor Glocester einen deutschen, zur Woermann-Linie gehörigen Dampfer beschossen. Das Stationsschiff in Kamerun ist nach Liberia abgegangen.

London, 15. Januar. Zu der Nachricht von der Beschießung eines der Woermann-Linie gehörigen Dampfers durch das liberianische Kanonenboot Lark erfährt man bei Reutersche Bureau: Die Lark steht unter dem Kommando des Kapitäns Buage von der britischen Flottenreserve, die übrigen Offiziere und das Maschinenpersonal sind ebenfalls britische Untertanen. Die Lark ist von der Regierung Liberias angekauft und im September 1908 ausgesandt worden, um den bestündig vorkommenden Uebertretungen der Zollvorschriften Einhalt zu tun und zu verhindern, daß die libertanischen Häfen, die dem Weltbandel nicht geöffnet sind, von Schiffen angelaufen werden.

Von deutscher Seite liegt eine Bestätigung dieser Meldungen bisher nicht vor. Amtliche Nachrichten sind eingeforderet worden.

Deutsche Offiziere im türkischen Heeresdienst.

Aus Konstantinopel wird telegraphiert: Die im Exposé des Großwesirs angekündigte Berufung deutscher Offiziere in den türkischen Heeresdienst wird sich, wie verlautet, auf fünfzehn bis zwanzig Offiziere erstrecken. Die Berufung der Offiziere wird durch die türkische Botschaft in Berlin vermittelt werden. Da die Offiziere besonders im Truppendienst Verwendung finden sollen, sind keine höheren Chargen als Obersten in Aussicht genommen.

Aus dem französischen Parlament.

Im französischen Senat führte Dubost gestern bei der Uebernahme des Präsidiums aus, die öffentliche Meinung zwinge bei den bedrohlichen Konflikten ihre friedlichen Tendenzen immer mehr und mehr auf. Die Achtung und die Freundschaft der übrigen Völker für Frankreich seien ein Unterpfand des Weltfriedens. Dubost schloß unter dem Beifall des Hauses mit einem Gruß für das unglückliche Italien.

In der Deputiertenkammer brachte der Sozialist Zévaès unter Hinweis auf den Antrag, wonach es Deputierten und Senatoren nicht gestattet sein soll, Mitglieder von Verwaltungsräten finanzieller oder industrieller Gesellschaften zu sein, einen neuen Antrag ein, in welchem die parlamentarischen Inkompatibilitäten aufgeführt werden. Zévaès verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit; nachdem das Haus diese mit 445 gegen 75 Stimmen beschlossen hatte, wurde der Antrag der Kommission überwiesen.

Das Haus begann dann die Beratung der Interpellationen, betreffend Marokko und die Nachtragskredite für die dortigen Operationen.

Jules Delafosse erklärte, der Triumph Mulay Hafids bedeute eine Niederlage für die französische Politik, die einen der Sultane hätte unterstützen müssen. Frankreich habe zu lange zwischen Abdul Aziz und Mulay Hafid geschwankt. Frankreich müsse die Integrität Marokkos achten, aber es dürfe nicht zulassen, daß eine auswärtige Macht den Keim zu einer künftigen Kolonie unmittelbar neben Algerien lege. Eine völlige Räumung Marokkos wäre ein schwerer Fehler. Die französischen Kolonieen in Afrika seien unentbehrlich für die Zukunft Frankreichs. Zum Schluß empfahl Delafosse eine klarere, festere und entschlossenere Politik.

Lucien Hubert erklärte, er wolle für die verlangten Kreditstimmen, müsse aber auf die Fehler der französischen Politik in Marokko hinweisen. Der Fehler Frankreichs sei gewesen, daß es Abdul Aziz in seiner Stellung brachte und Mulay Hafid ignorierte. Die Folge dieser Politik sei gewesen, daß der französische Handel im Jahre 1907 in Marokko um eine Million zurückgegangen sei, während der englische Handel sich um 14 Millionen, der deutsche sich um drei Millionen gehoben habe. Hubert tadelte die Regierung, daß sie eine Zeitlang alle Hoffnung auf Abdul Aziz gesetzt habe, der Frankreich feindlich gesinnt gewesen sei, und Mulay Hafid mit den kleinen Prätendenten zerwürfelt habe, obwohl sie zwei Depeschen über angebliche Erfolge Abdul Aziz' zu einer Zeit habe veröffentlichen lassen, in der sie bereits gewußt habe, daß sein Fall unabwendbar sei.

Nach Hubert nahm Jaurès das Wort; er beglückwünschte die Regierung, daß sie trotz der Fehler Rußlands mit Erfolg an der Verbürgung des Friedens im Balkangebiet und an dem Zustandekommen des österreichisch-türkischen Abkommens mitgearbeitet habe. Für die französische Marokko-Politik empfahl Jaurès Klarheit und Entschiedenheit. Nachdem Frankreich den neuen Sultan anerkannt habe, müsse es ihm seine Aufgabe erleichtern und ihn nicht bloßstellen. Man dürfe nicht eine sofortige Zahlung der Kriegskosten erwarten. Marokko müsse vollständig geräumt werden. Jaurès sagte sodann, die Besetzung des östlichen Marokkos dauere, wie der Bericht des Generals Lyautey zeige, fort.

Minister Pichon erklärte, dies verhalte sich nicht so. Jaurès bestand auf Mitteilung des Berichtes Lyauteys. Ministerpräsident Clemenceau erwiderte, die Regierung könne nicht alle Berichte ihrer Vertreter zur Kenntnis bringen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Minister Pichon fügte hinzu, es gebe diplomatische Schriftstücke, die nicht veröffentlicht werden könnten.

Trotz der gegenteiligen Behauptung Pichons erklärte Jaurès, der Bericht Lyauteys enthalte den Plan zur Besetzung Ost-Marokkos durch Ausbau eines Bahnnetzes zur Erschließung des Gebietes bis zum Mulujafluß und sogar noch darüber hinaus. Auch der Colonelle Regnault habe in seinem Berichte über diesen Plan gesprochen, das Projekt Lyauteys werde Mulay Hafid Frankreich gegenüber argwöhnisch machen.

Pichon erklärte, diese Note Regnaults nicht zu kennen; solange er die Verantwortlichkeit als Minister habe, werde der Bericht Lyauteys nicht veröffentlicht und nicht einmal der Kommission mitgeteilt werden, der er jede sonstige gewünschte Auskunft geben werde. (Lebhafter Beifall auf der Linken und im Zentrum.)

Jaurès wandte sich hierauf zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage Europas und erklärte, man habe Deutschland vorgeworfen, daß er im Namen Deutschlands spreche, als er einige Einwendungen hervorhob, die von dort kommen könnten. Nach wie vor weise er im Namen Frankreichs auf die Quellen hin, von denen Schwierigkeiten kämen. Redner beglückwünschte dann den Minister Pichon zu der maßvollen Haltung, die er in der Marokkofrage eingenommen habe, und sprach seine Genugtuung darüber aus, daß außer Frankreich auch Deutschland in gleicher Weise im Interesse des Friedens tätig gewesen sei. Was die anderen Mächte anbelange, so habe Rußland tatsächlich der Balkanangelegenheit gegenüber eine geschmeidigere Prestige bei den slawischen Völkerschaften wieder herzustellen. England habe die Orientereignisse mit gemischten Empfindungen angesehen, besonders sei die Haltung, welche ein Teil der englischen Presse bewahrt habe, zu bedauern. Jaurès betonte am Schlusse seiner Rede, daß Frankreich sich von der Marokko-Frage befreien müsse, um wirksam für die Aufrechterhaltung des Friedens tätig sein zu können.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Zur Lage in Portugal

wird aus Lissabon, den 15., berichtet: Die Gerüchte über ein befürchtetes Komplott gegen die Monarchie, über